



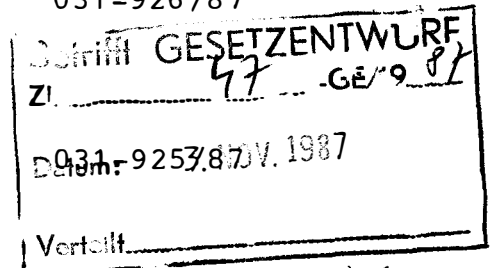
# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Allgemeine Sozial-  
versicherungsgesetz geändert  
wird (44. Novelle zum ASVG)

Wien, am 30. Oktober 1987  
Bucek/F  
Klappe 2236  
031-926/87

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Gewerbliche Sozial-  
versicherungsgesetz geändert  
wird (13. Novelle zum GSVG)



Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Bauern-Sozial-  
versicherungsgesetz geändert  
wird (11. Novelle zum BSVG)

031-929/87

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Beamten-Kranken-  
und Unfallversicherungsgesetz  
geändert wird (16. Novelle  
zum B-KUVG)

031-935/87

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 Wien

Zu den im Betreff genannten Gesetzentwürfen erlaubt sich  
der Österreichische Städtebund folgende Stellungnahme  
abzugeben:

## Zu Art. I Z.5 (§§ 92-94) ASVG:

Der Städtebund erkennt keineswegs die Notwendigkeit einer  
Pensionsreform, hält jedoch generell die in den §§ 92 - 94  
ASVG und in den entsprechenden Passagen von BKUVG, BSVG  
und GSVG vorgesehenen Ruhensbestimmungen bei Zusammen-  
treffen von Eigenpension, Hinterbliebenenpension, Erwerbs-  
einkommen und Erwerbsersatzeinkommen für so unübersicht-  
lich für den Anspruchsberechtigten, daß eine Neufassung  
unerläßlich erscheint.

./.

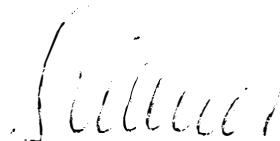
Zu Art. I Z. 6 (§ 105 a Abs. 3) ASVG und den  
korrespondierenden Bestimmungen in BKUVG, BSVG und GSVG:

Das Ruhen des Hilflosenzuschusses im Falle der Pflege in einer Anstalt wird damit begründet, daß die Gewährung des Hilflosenzuschusses nicht Aufgabe der gesetzlichen Sozialversicherung ist. Dem ist entgegenzuhalten, daß die gesetzliche Sozialversicherung nicht nur auf das Versicherungsprinzip ausgerichtet ist, sondern auch Komponenten sozialer Natur in sich vereinigt, wie z.B. den Zurechnungszuschlag gemäß § 261 Abs. 3 ASVG. Neben Bedenken verfassungsrechtlicher Natur (Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes) muß vom Städtebund auch die enorme finanzielle Belastung der Gemeinden als Mitträger der Sozialhilfe ins Treffen geführt werden, der die Gemeinden angesichts ihrer derzeitigen wirtschaftlichen Situation sicher nicht gewachsen sind.

Zu Art. I Z. 8 (§ 123 Abs. 4 Z. 1) ASVG:

Auf den durch diese Bestimmung bedingten Mehraufwand wird aus verwaltungsökonomischen Gründen verwiesen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.



(Reinhold Suttner)  
Generalsekretär